

Glyphosat: Parlament fordert endgültiges Verbot des Herbizids bis Ende 2022

- Jetzt Verwendung im Haushalt verbieten, in der Landwirtschaft bis Ende 2022
- Risikobewertungen der EU-Kommission müssen veröffentlicht werden
- EU-Länder stimmen am Mittwoch über Erneuerung der Glyphosat-Lizenz ab

Das Parlament hat sich am Dienstag für ein vollständiges Verbot von Herbiziden auf Glyphosatbasis bis Dezember 2022 und sofortige Beschränkungen der Verwendung des Stoffes ausgesprochen.

Das Parlament lehnt den Vorschlag der EU-Kommission ab, die umstrittene Herbizidkonzession für zehn Jahre zu erneuern. Stattdessen soll die EU Pläne zur schrittweisen Abschaffung des Wirkstoffs ausarbeiten, beginnend mit einem vollständigen Verbot des Haushaltsgebrauchs und einem Verbot im landwirtschaftlichen Gebrauch, wenn biologische Alternativen (z.B. Systeme der integrierten Schädlingsbekämpfung) für die notwendige Unkrautbekämpfung ausreichen.

Bis zum 15. Dezember 2022 sollte Glyphosat in der EU endgültig und vollständig verboten und die notwendigen Zwischenschritte durchgeführt sein, so die Abgeordneten.

Besorgnis über wissenschaftliche Bewertungen des Stoffes

Das EU-Risikobewertungsverfahren vor der Erneuerung der Zulassung des Stoffes war umstritten, da die [Internationale Agentur für Krebsforschung](#) und die [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen in Bezug auf dessen Sicherheit kamen.

Die Veröffentlichung der so genannten „Monsanto-Papers“, interne Dokumente des Unternehmens, welches Roundup® besitzt und produziert, von denen Glyphosat der Hauptwirkstoff ist, wirft darüber hinaus Zweifel an der Glaubwürdigkeit einiger Studien auf, die in der EU-Bewertung zur Sicherheit von Glyphosat verwendet wurden.

Das Zulassungsverfahren der EU, einschließlich der wissenschaftlichen Bewertung von Stoffen, sollte sich nur auf veröffentlichte, von Fachleuten geprüfte und unabhängige Studien stützen, die von den zuständigen Behörden in Auftrag gegeben wurden. Die EU-Agenturen sollten verstärkt werden, damit sie auf diese Weise arbeiten können.

Die nächsten Schritte

Die unverbindliche Entschließung wurde mit 355 Stimmen angenommen, bei 204 Gegenstimmen und 111 Enthaltungen. Die EU-Mitgliedstaaten werden am Mittwoch über einen Kommissionsvorschlag zur Verlängerung der Zulassung von Glyphosat abstimmen.

Eine europäische Bürgerinitiative, die ein Verbot des Herbizids fordert, hat in weniger als einem Jahr mehr als eine Million Unterschriften gesammelt und wird im November eine öffentliche Anhörung im Parlament veranlassen.

Weitere Informationen

[EP Studie: „Glyphosat-Zulassung erneuern“ \(auf Englisch\)](#)
[Entschließung](#)

Kontakt

Baptiste CHATAIN

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40992 (BXL)

☎ (+33) 3 881 74151 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 37

🐦 [@EP_Environment](#)

✉ envi-press@europarl.europa.eu

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Press officer

Media Services and Monitoring

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Press officer

Media Services and Monitoring

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu
